



Rundbrief 37 · Juli 2012

Institut für Theologie und Politik

Friedrich-Ebert-Str. 7

D-48153 Münster

www.itpol.de

Das Regierungsprogramm

... des
Himmelreiches.
Zur Bergpredigt
Seite 1

Lateinamerikas Adern bluten weiter

Das neokoloniale
Geschäft mit dem
Bergbau

Seite 3

Konziliare Versammlung

Wieso, weshalb,
warum - und wie

Seite 4-5

Durch einen Pass zum Menschen werden

Die Kirchen und Migration

Seite 6

Liebe LeserInnen und
Freunde des ITP,

mit diesem Rundbrief möchten wir einmal mehr unsere Arbeit und Reflexionen dazu dokumentieren. So beispielsweise Überlegungen zur Auslegung der Bergpredigt, eines „Grundgesetzes“ für die Armen. Gemeinsam mit Nancy Cardoso aus Brasilien haben wir in einem workshop unterschiedliche Herangehensweisen an diesen Text diskutiert. Angesichts der immer weiter zunehmenden Ungleichheiten in der Welt ist dies für ChristInnen sicherlich eine auch immer wieder neu zu bewältigende Aufgabe. Die Ungleichheiten haben ja lange schon unser eigenes Land erreicht, auch wenn sie allzu oft unsichtbar bleiben, oder von den in letzter Zeit häufiger zu hörenden Reden von den „fleißigen“ Deutschen und den „faulen“ Griechen, Spaniern, Portugiesen ... übertönt werden. Im Mai fanden in Frankfurt, oder wie es neuerdings genannt wird „Bankfurt“, Proteste statt gegen die sogenannte Krisenbewältigungspolitik der europäischen Troika: Hier standen Griechen, Italiener und Spa-

nierinnen mit Deutschen zusammen und ließen sich nicht auseinander dividieren.

Das sind erfreuliche Nachrichten in einer Welt der Ungleichheit und Konkurrenz. Von Ungleichheit betroffen sind auch Roma in Deutschland, vor allem serbische Roma. In der Regel werden sie zügig wieder abgeschoben, ja es gibt sogar Gerüchte, dass ihnen in Serbien die Pässe aus nationalistischen, aber wohl auch aus EU-politischen Gründen abgenommen werden, damit sie nicht wieder ausreisen, bzw. nach Deutschland einreisen können: Werden Menschen erst durch Pässe zu Menschen? Und auch der Blick auf die andere Seite der Welt, in diesem Fall Peru, den uns Sandra Lassak vermittelt, zeigt: Allen Krisen zum Trotz, ob es Menschen, Umwelt oder Arbeit betrifft, scheint es für die Regie-



„Bausteine des Unfriedens“ - Installation auf der Blockupy-Demonstration gegen den Kapitalismus

renden nur eine Lösung zu geben: Wachstum und Profit. Gegen solche einfalllose und zukunftslose Logik versuchen wir weiter anzugehen. Nicht zuletzt auf der konziliaren Versammlung im Herbst in Frankfurt, die wir mit vielen gemeinsam vorbereiten: für Kirchen und christliche Gemeinschaften, die sich diesen Problemen entgegenstellen und darin ihre Identität, Gemeinschaft und Heilung finden.

Ihr ITP-Team

Das Regierungsprogramm des Himmelreiches

Am 21. Februar 2012 fand im Institut für Theologie und Politik ein Seminar zur sog. Bergpredigt Jesu statt, einem hochpolitischen Text, der manchmal als „Grundgesetz der Kirche (der Armen)“ oder als „Regierungsprogramm des Himmelreiches“ bezeichnet wird. Vor allen Dingen die Glückhpreisungen und Weherufe in der Fassung des Lukasevangeliums (Lk 6,20-26) bieten Sprengkraft.

Ludger Weckel

Oscar Romero, Bischof in San Salvador, der Hauptstadt von El Salvador, einem kleinen Land in Mittelamerika, hat kurz vor seinem Tod über die Seligpreisungen gepredigt. Bischof Romero wurde am 24. März 1980 erschossen. Den Mord verübten Auftragskiller, die Auftraggeber waren hochrangige Militärs und Politiker, die ihn loswerden wollten, weil er sich sehr deutlich auf die Seite der armen Mehrheit in seinem Land gestellt hat. Man muss sich das so vorstellen: Eine kleine Gruppe von zwei Prozent der Bevölkerung besitzt 70 Prozent aller Reichtümer des Landes, Land, Fabriken, Banken, Firmen. Sie sind reich und sie haben die politische Macht im Land. Und weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in absoluter Armut. Und jetzt kommt ein Bischof, der nicht mehr selbstverständlich auf der Seite der Reichen steht, sondern den unermesslichen Reichtum anklagt und auch die Verbrechen, die daraus folgten, die Verfolgung von Opposition, von Gewerkschaften, von allen Menschen, die sich das Leben in dieser Gesellschaft anders vorstellen.

Warum die Armen glücklich genannt werden

Romero begann seine Predigt über den Text mit einer Frage: Warum ist es überhaupt nötig, die Armen, Hungernden, Weinenden und Gehassten glücklich zu preisen? Warum gibt es diese Menschen, die Armen, die angeblich glücklich sein

sollen? Und warum sollen sie glücklich sein? Etwa weil sie leiden, weil sie weinen und weil sie hungern? Romero antwortet: Nein.



Es gibt diese Armen, Weinenden und Hungernden, weil es reiche, hartherzige und zynische Menschen gibt. Der Text klingt sehr hart, wenn er die Ursache der Misstände anprangert: „Weh euch, die ihr reich seid, denn ihr habt keinen Trost mehr zu erwarten. Weh euch, die ihr jetzt satt seid, denn ihr werdet hungern...“. In den Worten klingt an, was sämtliche Propheten des Alten Testaments schon gesagt haben. Sie sind unerbittlich, wenn sie diejenigen anklagen, die ein Haus nach dem anderen, Reichtümer über Reichtümer zusammenraffen und „sich zu Herren des ganzen Landes machen“.

Armut ist eine Verpflichtung

Es geht also nicht darum, dass Armut ein ach so toller Zustand ist oder dass ein armer und hungernder Mensch wirklich der Glücklichere ist. Und es geht auch nicht darum, dass wir alle arm und elend werden sollen. Armut ist vielmehr eine Anklage des Reichtums und der gesellschaftlichen Situation. Es gibt Arme, weil es Reiche gibt. Und weil die Reichen sich die Güter aneignen, werden die Armen arm gemacht. Um dies den Reichen deutlich zu machen, werden die Armen glücklich genannt. Und es wird ihnen eine andere Welt verheißen: das Reich Gottes, eine Welt in der alle Platz und Auskommen haben.

Bischof Romero sagt in seiner Predigt, dass „Armut“ eine Verpflichtung sei: „Der Christ, der die Verpflichtung zur Solidarität mit den Armen nicht ins Leben um-

setzen will, ist dieses Namens nicht wert.“ Und Romero begründet dies mit dem biblischen Text: „Dieser Einsatz zieht Verfolgung nach sich, weil ... derjenige, der für die Amen Partei ergreift, das gleich Schicksal erleidet wie sie. Und wir wissen, was in El Salvador das Schicksal der Armen ist: zu verschwinden, gefoltert zu werden, entführt zu werden, tot aufgefunden zu werden ... Selig, die verfolgt werden.“ Und umgekehrt gilt: Weh euch, wenn euch alle loben, denn dann seid ihr nicht auf der Seite der Armen.

Es geht aber nicht darum, als Christ alles zu tun, damit uns die (anderen) Menschen hassen. Es ist vielmehr so, dass es in dieser Welt Menschen gibt, die hungern, weil es Reiche gibt, die ihnen das Notwendigste vorenthalten. Und wer sich konsequent auf die Seite dieser Armen stellt, macht sich mächtige Feinde.

Anders gesagt: Es geht um einen „notwendigen Ungehorsam“ gegen die Regeln dieser Welt, nach denen Armut und Reichtum normal ist. Wenn alle sagen, damit müssen wir uns abfinden, dann wird derjenige für verrückt erklärt, der sich damit nicht abfindet. Und genau diesen, die sich mit dem Zustand der Welt nicht abfinden, sagt das Evangelium: „Glücklich seid ihr, wenn man euch für verrückt erklärt...“, macht weiter, genau das ist es, was uns auf den Weg zum Reich Gottes führt. Bischof Romero war in diesem Sinne ungehorsam, hat zum Ungehorsam aufgerufen, hat die Soldaten und Polizisten seines Landes zur Befehlsverweigerung aufgefordert, da die Befehle zur Unterdrückung der Bevölkerung dienten. Deshalb wurde er erschossen.

Weh ihr, die ihr jetzt lacht

Wenn wir hier bei uns in Deutschland über den Text der Seligpreisungen und Weherufe sprechen, gibt es oft Widerspruch, weil es dort heißt: Weh euch, die ihr jetzt lacht, denn ihr werdet klagen und weinen. Was heißt das? Dürfen wir nicht mehr lachen, wo wir doch eine „frohe Botschaft“ verkünden sollen?

Wir haben hier in Deutschland über Generationen - auch im Namen der Kirchen - gesagt bekommen, wir seien die Reichen und in Afrika, Asien und Lateinamerika leben die Armen. Wenn wir aber mit diesem Gedanken, dass wir „die Reichen“ sind, die nichts mehr zu lachen haben werden, die Weherufe lesen, dann wird uns Angst und bange. Aber ist das so gemeint? Bischof Romero macht in seiner Predigt deutlich, dass es um das direkte Gegenüber von arm und reich geht: Es gibt Menschen, auch hier bei uns, die arm sind, d.h. hungern und traurig sind. Und es gibt Menschen, die sich an die Seite dieser Armen stellen und für verrückt erklärt werden. Und es gibt auf der anderen Seite Menschen, die lachen und spotten über die Armut und die Armen, die Langzeitarbeitslose oder Flüchtlinge als „letzten Dreck“ behandeln, ignorieren, ins gesellschaftliche Abseits schieben und sich lieber mit Börsenkursen und hohen Profitraten, mit ihrem Reichtum, mit den Götzen unserer Zeit beschäftigen.

Wo stehen die Gemeinden

Das Evangelium stellt uns vor die Frage, wo wir als Gemeinde angesichts der Zustände in der Welt stehen: Auf der Seite der Armen, der Flüchtlinge, die auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer um ihr Leben kämpfen und dann hier von Abschiebung bedroht sind, auf der Seite der Hartz-IV-Empfänger und Langzeitarbeitslosen, Kranken und Alten? Oder aber auf der Seite der Zyniker und Götzendiener, die in ihrem Handeln letztlich alles, auch das Leben anderer, dem Diktat des Profits, des Verdienstes und des eigenen Wohlstands unterordnen.

Die Botschaft des Lukas lautet: Angesichts des Zustands dieser Welt, angesichts der Armen, seid vorsichtig, wenn euch die Menschen loben und auf die Schulter klopfen, denn so machen sie es mit den falschen Propheten. Angesichts des Zustands der Welt seid glücklich, wenn euch die Menschen für

verrückt erklären, weil ihr euch auf die Seite der Armen stellt.

Und mit denen, also mit den Armen zusammen darf man dann auch gern lachen, denn gemeinsam bringen wir eine frohe Botschaft in diese Welt, dass nämlich nicht alles so bleiben muss wie es ist, dass Gottes andere Welt nahe ist, eine andere Welt möglich ist: Die Hungernden werden satt und die Weinenden getröstet, das sind die



"Let's organize to build a better society now!" Transparent auf der Demonstration gegen Troika und Spardiktat.

Kennzeichen für den Beginn des Reiches Gottes.

Aber: Den Hungernden wird zugesagt, dass sie satt werden; den Weinenden, dass sie getröstet und lachen werden, den Armen aber wird nicht Reichtum verheißen, sondern das Reich Gottes. Das ist ein großer Unterschied.♦

Lateinamerikas Adern bluten weiter

Das neokoloniale Geschäft mit dem Bergbau

Sandra Lassak

Die peruanische Wirtschaft ist mit einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 6,7 bis 8,8 % im Aufstieg begriffen. Grund für das Wirtschaftswunder in den Anden ist vor allem der seit

einigen Jahren boomende Bergbau. Peru gehört zu den ressourcenreichsten Ländern weltweit und Rohstoffe wie Kupfer, Silber, Blei und Zink machen 85% seiner Exporte aus. Zahlreiche Länder sichern sich ihre Rohstoffe durch den Import aus sogenannten Drittstaaten. Auch unsere Exportnation BRD braucht Rohstoffe und schließt dafür mit verschiedenen Ländern Rohstoffabkommen ab, wohl wissend unter welchen Bedingungen die Rohstoffe gewonnen werden und wer die Verlierer_innen dabei sind.

Hat der Ressourcenreichtum Lateinamerika zwar weitestgehend von der Krise des Finanzkapitalismus verschont, so sind schwerwiegende Umwelt- und Sozialprobleme die Kehrseite der Medaille des massiv vorangetriebenen Extraktivismus, also der Förderung von Bodenschätzen durch Minen und Tagebau. Mehr als die Hälfte der sozialen Konflikte in Peru werden im Bergbau-sektor ausgetragen.

Regierungswechsel und Wirtschaftsinteressen

Hatte man sich gerade durch den Regierungswechsel im letzten Jahr mit dem Linksnationalisten Ollanta Humala und seinem Programm der „sozialen Inklusion“ Veränderungen versprochen, so zeigte sich schon recht bald nach seinem Amtsantritt, dass in seiner Politik vor allem Wirtschaftsinteressen Priorität haben. Ein sichtbares Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen im Bergbau. Während die Bevölkerung vor Ort und die Lokalregierung oftmals dagegen sind, versucht die Zentralregierung geplante Großprojekte durchzusetzen, wie z.B. das Conga-Projekt in der Gegend von Cajamarca im Norden Perus, und begegnet Protest und Widerstand mit brutaler Gewalt. So beispielsweise auch in dem in der letzten Maiwoche eskalierenden Konflikt um die Kupfermine Tintaya im hochandinen Espinar, der bereits zwei Todesopfer gefordert hat. Eine

(Fortsetzung S. 6)

Konziliare Versammlung Frankfurt

Zeichen der Zeit

1962
2012

miteinander ins
Gespräch
kommen

Konziliare Versammlung - wozu?

Katja Strobel

Vom 18. bis 21. Oktober findet im Saalbau Gallus in Frankfurt die Konziliare Versammlung statt. Mit knapp 30 mittragenden Gruppen und gut 40 bisher angekündigten Werkstätten ist ein breites Spektrum an christlichen Gruppen daran beteiligt. Unsere Absicht ist es, dass Gruppen, die sich mit Kirchenreform beschäftigen wie die KirchenVolks-Bewegung Wir sind Kirche oder Ökumene 2017 zusammen mit Initiativen, die sich als christliche Gruppen in gesellschaftliche Fragen einmischen - wie z.B. pax christi, die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche oder die Arbeiterschwister - sich ein gemeinsames Forum schaffen, um das II. Vatikanische Konzil kritisch zu erinnern und nach den Zeichen der Zeit zu forschen. Hier liegt gewiss eine große Herausforderung für die Versammlung, da die Anliegen und Engagements sehr unterschiedlich aussehen.

Wird es gelingen, miteinander ins Gespräch zu kommen über die wichtigen Fragen, über die gesellschaftlichen und kirchlichen Konflikte, die uns beschäftigen? Innerhalb der verschiedenen Initiativen entsteht oft der Eindruck, dass es viel zu wenige sind, die sich diesen Themen widmen, die sich einsetzen, beispielsweise gegen die Krisenpolitik, für die Anerkennung der Menschenrechte von Flüchtlingen oder für eine Veränderung der Amterstruktur in der katholischen Kirche. Und tatsächlich gibt es ja viel mehr dringend anstehende Aufgaben als Engagierte! Aber vielleicht ist es möglich wahrzunehmen, was andere beschäftigt, die eine ähnliche Einstellung haben - dass nämlich diese Welt und diese Kirchen dringend der Veränderung bedürfen, wenn wir als Christinnen und Christen glauben und verkünden wollen, dass die andere Welt Gottes bereits begonnen hat. Auch wenn 'wir' ganz unterschiedlich sind: Können wir als gemeinsamen Nenner formulieren, dass wir uns in Kirchen und Gesellschaft auf Seiten der Marginalisierten positionieren und dass wir für eine Welt eintreten, in der alle Menschen und die Schöpfung das Leben in Fülle haben (werden)?

mehr als wir glauben?

Möglicherweise können wir feststellen, dass wir gar nicht so wenige sind, dass wir eine Basis haben, die definierbar und aktualisierbar ist und dass wir - auch mit Hilfe des II. Vatikanischen Konzils - an bestimmten Punkten zusammenarbeiten können, die vielleicht bisher noch nicht so sehr im Blick waren. Dies geschieht ja z.B. bereits in den vergangenen Jahren anlässlich der Kirchen- und Katholikentage, wenn

sich unterschiedliche Gruppen am Rande des Ökumenischen Kirchentags in München oder des Katholikentags in Mannheim zusammengetan und alternative Veranstaltungen organisiert haben. Lässt sich dieses Modell weiter ausbauen? Gäbe es z.B. Möglichkeiten, zusammen mit nichtkirchlichen Gruppen gegen Waffenhandel zu protestieren? Gibt es Gelegenheiten, vereinzelte Proteste gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln zu verbinden und dadurch gesellschaftlich wahrnehmbarer zu werden? Und können wir gemeinsam Liturgien feiern, an denen alle als 'Volk Gottes' partizipieren und in denen das Priestertum aller Gläubigen sichtbar wird?

eine andere Kirche für eine andere Welt

In diesem Sinn könnte die Konziliare Versammlung dazu führen, dass „eine andere Kirche für eine andere Welt“ als ökumenische Initiative entsteht, als Personen und Gruppen, die voneinander wissen und die sich rund um Konflikte in Kirchen und Gesellschaft organisieren. Oder dass bestehende Netzwerke in diesem Sinn genutzt werden.

Die Konziliare Versammlung sollte unseres Erachtens dazu dienen, dass einerseits diese existierende "andere Kirche" und ihre Positionen öffentlich sichtbar werden und dass andererseits ihre ProtagonistInnen sich darüber verständigen können, wie sie sich organisieren und gemeinsam handlungsfähiger werden können.

Projektgruppe

Konziliare Versammlung

c/o Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7,
48153 Münster. Tel.: 0251/52 47
38. Fax: 0251/52 47 88

e-mail: anmeldung@pro-konzil.de
www.pro-konzil.de

Wer den Infobrief zur Konziliaren Versammlung erhalten möchte (ca 1x im Monat), schreibe bitte eine kurze Nachricht an: info@pro-konzil.de

Konto: 15 108 701

DKM Münster

(BLZ 400 602 65)

Für Auslandsüberweisungen:

BIC: GENODEM1DKM IBAN: DE

44400602650015108701

... TEILNEHMEN!

Anmeldung bis zum 15. August! Kostenbeitrag 90 €, ermäßigt 60 €. Informationen über anmeldung@pro-konzil.de oder auf der Website www.pro-konzil.de



... WERBEN!

Die Nachrichten aus einer anderen Kirche Nr. 2 sind erschienen! Der Inhalt:

- Kirche der Armen – hier und heute?
- Kollegialität und Universalität
- Die Kirchen in ihrem Lauf ... halten weder Ochs noch Esel auf - Konziliare Versammlung:

bisher geplantes Programm und angekündigte Werkstätten und Aktionen - Einer oft unverstandenen Sehnsucht nachgehen. Die Spiritualität eines Arbeiterpriesters - Klima in der Krise

Die Zeitung – auch Exemplare der 1. Ausgabe – und Plakate zum Ankündigen der Versammlung können in beliebiger Menge bei der Projektgruppe bestellt werden.

Konziliare Versammlung 2012: 18.-21.10. 2012

Frankfurt am Main/ Saalbau Gallus:

Zeichen der Zeit - Hoffnung und Widerstand

Institut für Theologie und Politik • KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche • Leserinitiative Publik • Ökumene 2017 • Verbo Filmes-D, Projekt Konzilsväter • Ökumenisches Netzwerk Initiative Kirche von unten (IKvu) • Plattform Theologie der Befreiung • Arbeitsgemeinschaft Feminismus und Kirchen e.V. • pax christi, Bistumsstelle Würzburg • Initiative pro concilio, Esslingen • Brasilienkreis St. Heinrich, Marl e.V. • Kairos Europa e.V. • Redaktion des aufbruch (unabhängige Zeitschrift für Religion und Gesellschaft) • Freckenhorster Kreis • pax christi im Bistum Münster • Befreiungstheologisches Netzwerk • pax christi – Kommission für Globalisierung und soziale Gerechtigkeit • Arbeitsgemeinschaft von Priester- und Solidaritätsgruppen in Deutschland (AGP) • Essener Kreis • Schlangenbrut – Zeitschrift für feministisch und religiös interessierte Frauen • Aktionskreis Halle • Initiative Christenrechte in der Kirche • Verein Frauenwürde e.V. (Schwangerschaftskonfliktberatung in Trägerschaft katholischer Frauen und Männer) • Maria von Magdala – Gleichberechtigung für Frauen in der Kirche e.V. • Volksverein Mönchengladbach • Projekt: schwul und katholisch (psk), Gemeinde Maria Hilf, Frankfurt a. M. • Initiative Ordensleute für den Frieden • Pax Christi-Bistumsstelle Limburg • Lichtblicke Der Seele (www.lichtblickederseele.de) • ChristInnen für den Sozialismus/ BRD in Kooperation mit der AFP (Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung) e.V.

**Unterstützung
gesucht!
Wir benötigen
helfende Hände und
Spenden!**

Damit die Versammlung stattfinden kann, brauchen wir viele helfende Hände! Wer beim Essenausteilen, Aufräumen, Stühle stellen, Küche oder Toiletten putzen oder bei der Anmeldung helfen kann und möchte, oder wer eine Gruppen- oder Privatunterkunft organisieren oder vermitteln kann, melde sich bitte bei: [frankfurt@pro-konzil.de!](mailto:frankfurt@pro-konzil.de)

Außerdem benötigen wir dringend Spenden, da wir keinerlei Zuschüsse erhalten! Für Erstellung, Druck und Versand von Aktionszeitungen und Werbung/ Informationsmaterial, für Referent_innenhonorare, Übersetzungen und Übernachtungen für Referent_innen, für Raummieten und Technik und für Honorare für die Koordination der Vorbereitung und Anmeldung benötigen wir insgesamt ca. 50.000 Euro. Ob 5, 50 oder 500 Euro - jede Spende zählt!

Herzlichen Dank für jede Form der Unterstützung!



große Protestbewegung hat sich dort gegen den schweizerisch-britischen Minenkonzern Xstrata gebildet und fordert mehr Beteiligung am Gewinn sowie weitere Umweltstudien, die die hohe Wasserverschmutzung und die Gesundheitsschäden unter der Bevölkerung untersuchen. Bereits im November 2011 hatte der amtierende Bürgermeister eine Klage gegen Xstrata Tintaya wegen Verschmutzung der Umwelt und Gefährdung der Gesundheit der Bürger_innen eingereicht. Zahlreiche verletzte Demonstrierende, illegale Festnahmen und die Anwendung von Foltermethoden kennzeichnen das Szenarium. Die Regierung, für die die Demonstranten aus extremistischen Gruppierungen ohne Dialogbereitschaft kommen, reagiert mit der Verhängung des Ausnahmezustands und die Staatsanwaltschaft erstattet Anzeige gegen Protestierende.

Auch medial wird die Kriminalisierung von Protesten und die Darstellung ihrer Forderungen als unrechtmäßig vorangetrieben oder man straft sie mit gänzlicher Nichtachtung, wie es beispielsweise bei dem sehr erfolgreichen „Marsch für das Wasser“ im Februar dieses Jahres geschah.

Im Dienst der Großkonzerne

Wie sehr die peruanische Regierung Vasall der ausländischen Konzerne ist, hat sich jahrelang auch im Konflikt um die seit 1922 bestehende Metallschmelzanlage in La Oroya, einer der zehn am meisten verschmutzten Städte weltweit, gezeigt. Bekannt ist La Oroya für den hohen Bleigehalt, den vor allem Kinder im Blut aufweisen. Die die Stadt umgebenden Berge sind durch die ungefilterten Schwefelsäuren, die die Industrieschornsteine seit 90 Jahren ausstoßen, und den sauren Regen völlig verätzt. Als eine der wenigen Metallhütten weltweit, die aus stark verunreinigten Erzen reine Edelmetalle gewinnt, ist sie von besonderem wirtschaftlichen Interesse. 1997 kaufte die US-amerikanische

Firma Doe Run die Anlage unter der Auflage, diese umwelttechnisch innerhalb von zehn Jahren mit 125 Mio. Dollar aufzurüsten. Das Unternehmen schaffte es mit einem dreimaligen Aufschub, diese Maßnahmen zu umgehen. Und so qualmten die Schornsteine weiter ihre Giftstoffe in die Luft. Umweltklagen kam der Konzern mit einer vorzeitigen Bankrott-Erklärung im Jahr 2008 entgegen, da sämtliche



Werkstatt zur Vorbereitung des Marsches für Wasser und Leben. Foto: Sandra Lassak

Gewinne direkt an den Besitzer Ira Rennert in den USA geflossen waren. Seitdem steht die Anlage still. Die ArbeiterInnen erhielten eine Lohnfortzahlung von 70 % mit der Aussicht, dass der Betrieb wieder aufgenommen wird.

Die in der Zeit des Stillstand des Werkes im Auftrag der Kirche durchgeführte Umwelt- und Gesundheitsstudie zeigt auf, dass die Bleiwerte im Blut zurückgegangen sind und auch die Luft- und Wasserwerte eine deutliche Verbesserung erfahren haben. Dass die Regierung immer wieder hinter die eingeforderten Umweltstandards zurückgegangen ist und der Firma Aufschub gegeben hat, hängt unter anderem auch mit dem Druck seitens der Arbeiter_innen zusammen. Mit Lohnfortzahlungen und Sozialprogrammen sowie dem Glauben, dass sie zwischen dem Schutz von Umwelt und Gesundheit und sicheren Arbeitsplätzen zu wählen haben, sichert sich die Firma ihre Loyalität. Trotz der Gesundheits- und Umweltstudie und der bewusstseinsbildenden Arbeit, die die Kirche und andere Umweltgruppen voranzutreiben versuchen, gingen im April dieses Jahres wiederum 3000 Arbeiter_innen auf die Straße, blockierten die einzige Hauptstraße

zwischen Lima und der Zentralregion und forderten die Wiederinbetriebnahme der Anlage.

Ob mit neuen Financiers, die den Betrieb in 6 Monaten wieder aufnehmen sollen, die notwendigen Standards eingehalten und die dafür notwendige Kontaktschwefelanlage eingerichtet wird, ist zu hoffen, aber eine definitive Entscheidung darüber steht noch aus.

Die Beispiele aus dem peruanischen Bergbau, die sich noch um viele weitere fortsetzen ließen, zeigen, wie Lateinamerika weiterhin den Energie- und Ressourcen hunger der Industrienationen stillt, der Schutz von Umwelt und Lebensgrundlagen von Menschen zweitrangig sind und der Einsatz dafür sowohl medial als auch real kriminalisiert wird.

Im Glauben daran, dass Entwicklung nur durch wirtschaftliches Wachstum erlangt wird, setzen sich die seit Jahrhunderten bestehenden ungleichen Abhängigkeitsstrukturen und Ausbeutungsmechanismen fort. Und so bluten die Adern Lateinamerikas in neokolonialem Stil weiter. ♦

Durch einen Pass zum Menschen werden?

Michael Ramminger

Schleichend und oft genug hinter unseren Rücken vollzieht sich eines der größten Menschenrechtsdramen auf der Welt: Mehr als 43 Millionen Menschen weltweit sind auf der Flucht, an den europäischen Außengrenzen sind in den letzten ca. fünfzehn Jahren ungefähr 15.000 Menschen gestorben.

Das II. Vatikanum, eines der größten Reformvorhaben der katholischen Kirche im Übergang zur Moderne, hat sich mit diesem Thema allerdings kaum auseinandergesetzt. Lediglich in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* Nr. 65/66 und 87 taucht dieses Thema am Rande auf: als Rechte der Gastarbeiterinnen und als Problematisierung der Landflucht.

Gleichwohl gibt es eine Konzilstheologie, aus der sich eine Position zu Flucht- und Migrationsfragen ableiten lässt, und die in *Gaudium et spes* und *Lumen gentium* (der Kirchenkonstitution), der „Achse des Konzils“, wie es Elmar Klinger einmal nannte, ausgeführt ist: die Kirche ist dazu bestimmt, zu „retten, nicht zu richten; zu dienen, nicht sich bedienen zu lassen“ (GS 2). Und in LG heißt es: „Zum neuen Gottesvolk werden alle Menschen gerufen. Darum muß dieses Volk eines und ein einziges bleiben und sich über die ganze Welt und durch alle Zeiten hin ausbreiten. So soll sich das Ziel des Willens Gottes erfüllen, der das Menschengeschlecht am Anfang als eines gegründet und beschlossen hat, seine Kinder aus der Zerstreuung wieder zur Einheit zu versammeln (vgl. Joh 11,52).“ (LG 13).

Eine theologische Revolution

In diesem Sinne wird wohl klar, dass hier von einer Universalität und Katholizität die Rede ist, in der im Schicksal eines jeden Menschen das Werk Christi und die Existenzberechtigung der Kirche selbst auf dem Spiel steht. Das ist eine theologische Revolution, hinter die die Kirche nur um den Preis der Abschottung und Ignoranz gegenüber den Zeichen der Zeit, den Hoffnungen und Ängsten der Menschen, egal welchen Glaubens, welcher Konfession und welcher Nation zurück kann. Das II. Vatikanum behauptet nicht weniger, als dass die römisch-katholische Kirche ihre Existenz darin findet, „zu retten, nicht zu richten; zu dienen, nicht sich bedienen zu lassen“ (*Gaudium et spes* Nr. 2) und sie verrät sich wohl dann überall dort, wo sie sich dieser Aufgabe verweigert, sich also dem „göttlichen Samen“, der Offenbarung Gottes in den Menschen verweigert.

So sieht es auch das Gemeinsame Wort der Kirchen „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist“ von 1997, das die Präferenz Gottes für die Armen, Unterdrückten und Flüchtlinge bibeltheologisch in den Vordergrund rückt und damit umgekehrt unser Verhalten zu ihnen zu einem zentralen Kriterium unserer christlichen Existenz macht.

Die Leerstelle im Recht von Flüchtlingen: das Recht auf Einwanderung

Leider aber hat auch diese Erklärung eine Leerstelle, die heutzutage gerade das Zentrum der Problematik von Flucht- und Migration ausmacht, eine Leerstelle, die im übrigen auch menschenrechtliche Erklärungen in sich tragen: Überall wird ein Recht auf Migration zugestanden, von einem Recht auf Einwanderung aber wird nicht gesprochen: Was aber nützt ein Recht auf Auswanderung, solange es kein Recht auf Einwanderung gibt, d.h. wenn den Nationalstaaten zugestanden wird, ihre Einwanderungspolitik souverän selbst zu regeln? Im Dokument *Erga migrantes caritas est* von 2004 wird dieser Widerspruch dann auch gar nicht erst thematisiert, sondern im Gegenteil unzulässig aufgelöst: „Der staatlichen Autorität erkennt das Konzil allerdings in einem besonderen Kontext das Recht zu, den Strom der Migration zu regulieren (vgl. GS 87).“ heißt es dort. Nur: GS 87 redet hiervon überhaupt nicht, sondern bezieht sich auf Landflucht und im Kontext der Dekolonialisierung auf die Rechte der „aufstrebenden Völker“ jenseits von ausländischer Bevormundung ihre Dinge selbst regeln zu dürfen. Auch das Gemeinsame Wort der Kirchen windet sich um dieses Problem herum: „(139.) Daher gibt es zwar ein Recht auf Auswanderung, aber nicht ein Recht auf Einwanderung. Dies darf jedoch nicht zu einer Politik führen, die weithin auf Abwehr und Abschottung eingestellt ist. Jede Gemeinschaft braucht eine positive Grundhaltung gegenüber der Grundgegebenheit von Migration und damit verbundener Zuwanderung.“ Die moralische Empfehlung kann wohl kaum als

Antwort auf ein so grundlegendes menschenrechtliches und theologisches Problem gelten.

Johannes XXIII schrieb 1963 in „*Pacem in terris*“: „25. Jedem Menschen muß das Recht zugestanden werden, innerhalb der Grenzen seines Staates seinen Wohnsitz zu behalten oder zu ändern; ja, es muß ihm auch erlaubt sein, sofern gerechte Gründe dazu raten, in andere Staaten auszuwandern und dort seinen Wohnsitz aufzuschlagen...“

Hier hat Johannes XXIII ein fundamentales Problem aufgegriffen, das unsere letzten zwei Jahrhunderte durchzieht: Wodurch haben Menschen eigentlich Rechte? Faktisch dadurch, dass sie einen Pass besitzen, menschenrechtlich aber wohl durch ihr „Mensch-Sein“, theologisch durch ihre Gotteskindschaft, auf jeden Fall also unabhängig von Staatszugehörigkeit.

Aber wer garantiert diese Rechte und wie? Was ist z.B., wenn das Recht auf Auswanderung großspurig behauptet wird, das notwendig dazugehörige Recht auf Einwanderung aber negiert oder restriktiv behandelt, immer noch den Nationalstaaten zur Regelung zugebilligt wird? Eine Situation, die menschenrechtlich und theologisch schlicht inakzeptabel ist und jährlich zigtausende Menschen das Leben kostet!♦



www.boats4people.org: Flüchtlinge retten

Paul Gerhard Schoenborn:

Nachfolge - Mystik - Martyrium. Studien zu Dietrich Bonhoeffer

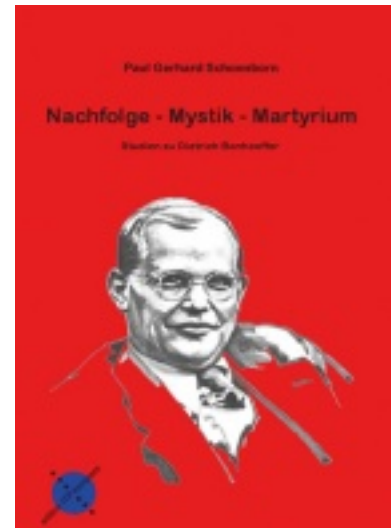
Münster 2012, 253 Seiten, 18,00 €, ISBN: 978-3-9813562-3-6

aus dem Inhalt:

- Bonhoeffers umstrittenes Märtyrertum
- Bonhoeffer in Lateinamerika
- Bonhoeffers Widerstand gegen die Judenverfolgung
- Ökumenische Aspekte einer Theologie des Martyriums
- Dietrich Bonhoeffer - Mystik und Politik
- Politischer Protest und christliches Martyrium
- Der Entscheidungsweg eines lutherischen Christen

NEU ERSCHEINEN!

Der Autor, Paul Gerhard Schoenborn (1934), ist evangelischer Theologe und Verfasser und Herausgeber von Sachbüchern, Arbeitshilfen und Medienpaketen zur politischen Theologie und zum Kirchenkampf. 1996 veröffentlichte er „Alphabete der Nachfolge. Märtyrer des politischen Christus“.



**Institut für Theologie und Politik (Hg.):
Der doppelte Bruch
Das umkämpfte Erbe des
II. Vatikanischen Konzils
Ein Werkbuch**

Münster 2011, 84 S., 10 €

aus dem Inhalt (Kapitel-Auswahl):

- I. Der Bruch, den das Konzil bedeutete: Verbot der Arbeiterpriester (John Cornwell) — Das Ende des Pianischen Absolutismus (Friedrich Heer)
- II. Das Konzil: Brüche und Entfaltungen: Das „Werk“ des Konzils – eine kurze Einschätzung (Elmar Klinger) — Wie ich das Konzil erlebt habe: Otto Hermann Pesch — Zur Wirkung des Katakombenpaktes in Lateinamerika (Jon Sobrino) — Reich Gottes als Grund und Bestimmung der Kirche (Urs Eigenmann)
- III. Die Konflikte um die (Be-)Deutung des Konzils: Konzilsteilnehmer: Dom Hélder Câmara — Die Theologie der Befreiung – Eine Frucht des Konzils (Martin Maier)
- IV. Anfragen und Anknüpfungen an das Konzil: Ein neues Pfingsten (Alberto Moreira) — Die Ökumenische Bewegung: Uppsala 1968 und Bangkok 1972 (Jürgen Moltmann)



⇒ **Weitere Bücher und online-Publikationen finden Sie im Buchladen auf unserer Website www.itpol.de** ⇐



Ich möchte regelmäßig durch den Rundbrief über die Arbeit des Instituts für Theologie und Politik informiert werden.

Ich möchte die Arbeit des Instituts für Theologie und Politik finanziell unterstützen, indem ich hiermit den Verein zur Förderung entwicklungspolitischer Bildung und befreiender Theologie e.V. ermächtige, monatlich/ vierteljährlich/ halbjährlich/ jährlich (Nichtzutreffendes bitte streichen)

___ € von meinem Konto Nr. _____

bei _____, BLZ _____

abzubuchen. Diese Einzugsermächtigung kann jederzeit widerrufen werden. Wir bitten um rechtzeitige Benachrichtigung bei Widerruf oder Änderung der Bankverbindung.

Name

Straße

PLZ, Ort, Land

E-Mail-Adresse

Datum, Unterschrift

Impressum:

INSTITUT für THEOLOGIE und POLITIK

ISSN: 1616-5233

ISSN: 1610-9279 (Internet)

Auflage: 1.900

Adresse:

Institut für Theologie und Politik

Friedrich-Ebert-Str. 7

D-48153 Münster

Tel.: 0049/ (0)251/ 52 47 38

Fax: 0049/ (0)251/ 52 47 88

<http://www.itpol.de>

Bank: Kto.Nr.: 15 108 700

DKM Münster (BLZ 400 602 65)

BIC: GENODEM1DKM

IBAN:

DE71400602650015108700

Bei Angabe des Absenders wird zum folgenden Jahresanfang eine Spendenquittung zugesandt.